



## VSB-MITTEILUNG 41/2014

(zur Veröffentlichung auf der Internetseite des Verbandes [www.vsb-bund.de](http://www.vsb-bund.de))

Verband der Soldaten der Bundeswehr e.V. (VSB)

Köln, 27. Juni 2014

### **VSB setzt sich für Novellierung Versorgungsausgleich ein**

Die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr ist mit Blick auf den demografischen Wandel eine wesentliche Voraussetzung für den Gewinn und die Bindung von fachlich qualifiziertem Personal, um die Einsatzbereitschaft langfristig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitgebers Bundeswehr zu erhalten. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 27. November 2013 „Deutschlands Zukunft gestalten“ sieht daher vor, „eine Attraktivitätsoffensive“ voranzubringen. Dabei sollen die Besonderheiten des Soldatenberufes berücksichtigt werden.

Schon in seinem Schreiben an die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, vom 07. März 2014 thematisierte der Verband der Soldaten der Bundeswehr (VSB) die bestehende, nachteilige Regelung zum Thema Versorgungsausgleich für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten in der Bundeswehr.

Die unbeschreibliche Ungerechtigkeit der bestehenden Regelungen zum Versorgungsausgleich für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten steht bei dieser Berufsgruppe seit langer Zeit in der Kritik. Diese Wirken für die Betroffenen wie eine Bestrafung und ist für aktuell uniformiertes Personal der Streitkräfte und erst recht für künftige Soldatinnen und Soldaten in der Wirkung unattraktiv und bedarf daher sehr zügig der Novellierung.

...

Aus Sicht des Verbandes der Soldaten der Bundeswehr sollte die bestehende, nachteilige Regelung dahingehend geändert werden, dass in einem ersten Schritt eine generelle Verschiebung des Kürzungsbeginns der Versorgung nach Paragraph 55 c Soldatenversorgungsgesetz auf die für Bundesbeamte geltende allgemeine Altersgrenze gesetzt werden.

Der Bundesvorsitzende des VSB, Oberstabsfeldwebel Günter Rudkowski, führte dazu aus: „Es ist vollkommen unverständlich, dass Berufssoldatinnen und Berufssoldaten mit den bestehenden Regelungen in nicht unerheblichem Maße zur Alimentierung des Einzelplan 14 im Bundeshaushalt betragen. Für Sachverhalte, die mit den dienstlichen Angelegenheiten in keiner Weise im Zusammenhang stehen, sondern rein den privaten Bereich berühren. Unverständlich ist die Untätigkeit aller Verteidigungsminister - als Dienstherr zur Fürsorge verpflichtet -, in dieser Angelegenheit sich für seine Beschäftigten einzusetzen. Es Bedarf eines klaren Signales für eine gerechte Regelung der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten und somit auch zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Als Verband werden wir den angeschobenen Prozess konstruktiv begleiten und versichern, uns nach besten Kräften in diesem Sinne einzubringen.“

Gleichzeitig fordert der VSB alle Interessenvertretungen und Verbände auf, seine Einflussmöglichkeiten in Politik und Öffentlichkeit zu nutzen.

Informationen zum Thema Versorgungsausgleich finden Sie im Internet unter

[www.versorgungsausgleich-soldaten.de](http://www.versorgungsausgleich-soldaten.de)

und auf

Facebook ([www.facebook.com/versorgungsausgleich.soldaten](https://www.facebook.com/versorgungsausgleich.soldaten)).

**Wir tun was ! Miteinander - Füreinander**